

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU***Handlungsbedarf aufgrund des demographischen Wandels***

Demographischer Wandel ist eine große Herausforderung an Politik und Gesellschaft. Bevölkerungsrückgang, weniger Geburten, zunehmende Lebenserwartung und Zuwanderung haben nicht nur Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur, sondern auf alle Bereiche des Gemeinwesens.

Für die Stadt Bremen wird im Zeitraum von 2003 bis 2020 laut aktueller Gewos-Studie zwar ein leichter Bevölkerungsanstieg erwartet, allerdings wird aufgrund der Alterung der Bevölkerung die Zahl der Erwerbsfähigen im gleichen Zeitraum um 3,5 % abnehmen. In Bremerhaven ist im selben Zeitraum ein Bevölkerungsrückgang von mehr als 10 % laut Gewos-Prognose wahrscheinlich, wobei sich die Zahl der Erwerbsfähigen noch stärker verringern würde, sofern diese Entwicklung nicht verändert werden kann.

Der demographische Wandel wird sich in den Stadtteilen Bremens und in Bremerhaven unterschiedlich auswirken. Deshalb müssen die Strukturen in beiden Städten stadtteilbezogen an die Anforderungen des demographischen Wandels angepasst werden. Dazu bedarf es integrierter Handlungskonzepte, die vorhandene Ressourcen zusammenführen, Förder- bzw. Entwicklungsprogramme neu ausrichten und Maßnahmen miteinander vernetzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie wird sich die Einwohnerzahl und die Bevölkerungsstruktur in Bremen und Bremerhaven bis zum Jahr 2030 entwickeln?
2. Durch welche Faktoren sind Einwohnerzahl und Bevölkerungsstruktur in Bremen und Bremerhaven positiv wie negativ zu beeinflussen?
3. Wie wirken sich die Anforderungen der Unternehmen an hochqualifizierte Arbeitskräfte hinsichtlich Zeitbudget und Mobilität auf Familiengründung aus?
4. Welche Konsequenzen sind aus dem demographischen Wandel für die Bereiche
 - Kinder-, Jugend- und Familienpolitik,
 - Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik,
 - Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
 - Sozial-, Senioren- und Gesundheitspolitik,
 - Innere Sicherheit und Justiz,
 - bürgerschaftliches Engagement,
 - Stadtentwicklungs- bzw. Stadtumbaupolitikzu ziehen?
5. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um bereichsspezifische Handlungskonzepte zu entwickeln, diese miteinander zu vernetzen und zu einem Gesamtkonzept zusammenzuführen?

6. Welche Folgen hat die Veränderung der Bevölkerungsstruktur auf inhaltliche Angebote und Standorte öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel Kindergärten, Treffpunkte für Jugendliche, Familien und Senioren sowie Bürgerserviceangebote?
7. Wie wird der Senat bei Sanierungen und Neubauten öffentlicher Gebäude berücksichtigen, dass diese Gebäude im Laufe der Zeit von unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen genutzt werden können?
8. Welche Prämissen werden Grundlage für die Standortentwicklungskonzepte der jeweiligen Ressorts sein, und wann wird diese jeweils vorliegen?
9. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der demographischen Entwicklung für Universitäten und Hochschulen des Landes Bremen und deren Studienangebote?
10. Welche Bedeutung hat „lebenslanges Lernen“ vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung?
11. Welchen Beitrag können Wissenschaft und Forschung zur Erhöhung der Lebensqualität für die einzelnen Altersgruppen leisten?
12. Wie können Berufs- und Lebenserfahrung älterer Menschen dem Arbeitsmarkt und der Gesellschaft möglichst lange erhalten bleiben?
13. Welche gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Strukturen sind als Anreiz für mehr Familiengründungen sowie für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf zu Familien notwendig?
14. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um – auch bei rückläufigem Einkommen inklusive Renten – den Wohnbedürfnissen differenzierter Bevölkerungs- und Einkommensgruppen Rechnung zu tragen?
15. Wie bewertet der Senat das „Bielefelder Modell“ – eine Kooperation von Wohnungsunternehmen und Dienstleistern zur Vernetzung von Wohnungsangeboten und wohnungsungebundenen Versorgungs- und Pflegeleistungen im Wohnquartier –, und welche Voraussetzungen sind nach Auffassung des Senats notwendig, damit sich solche Projekte auch in Bremen verstärkt entwickeln?
16. Welche Auswirkungen hätte eine Vernetzung von Wohnungsangebot und ambulanter Dienstleistung auf den quantitativen und investiven Bedarf an Kurzzeitpflege- und Pflegeplätze, und welche staatlichen Rahmenbedingungen wären erforderlich, damit Menschen mit Mobilitätsbehinderungen selbständig in der eigenen Wohnung leben können?
17. Wann wird der Senat ein Gesamtkonzept für die Gestaltung des demographischen Wandels in Bremen und Bremerhaven vorlegen?
18. Welche konkreten Maßnahmen werden darin vorgeschlagen, um den prognostizierten Konsequenzen aus dem demographischen Wandel positiv entgegenzuwirken?

Dr. Carsten Sieling, Frank Pietrzok,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt, Karl Uwe Oppermann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU